

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 886 846 ppbn
Telefax: (0228) 9 1520-12

Inhalt

Eberhard Irllinger MdL fordert zum Weltkindertag: Am Wohl der Nachkommen orientieren.

Seite 1

Ulla Schmidt MdB verlangt, Schwangerschaftskonflikte nicht zusätzlich zu verschärfen: Spielfrutenlaufen für Frauen verhindern.

Seite 2

Wolfgang Weiermann MdB plädiert für die Stärkung der SPD-Betriebsorganisationen: Die Arbeitswelt stärker in die Partei einbringen.

Seite 3

Dokumentation

Egon Bahr sprach auf einem Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Deutschlandpolitik der Sozialdemokraten. Auszüge zum Thema 'Die SPD und die Nation'.

Seite 4

48. Jahrgang / 178

17. September 1993

Am Wohl der Nachkommen orientieren Forderungen zum Weltkindertag

Von Eberhard Irllinger MdL
Kinderschutzbeauftragter der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die gegenwärtige Politik des Sozialabbaus und die wirtschaftliche Krise, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Sparmaßnahmen im Schulbereich wirken sich massiv auf das Leben und die Zukunft der Kinder aus. In einem Aufruf zum Weltkindertag am 20. September 1993 fordern wir Sozialdemokraten politische Entscheidungen am Wohl der Kinder auszurichten und nicht ausgerechnet dort den Rotstift anzusetzen, wo es um Einrichtungen oder Hilfen geht, von denen die Lebenszukunft der Kinder abhängt. Den rechtlichen Rahmen für aktive Kinderpolitik bieten das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) sowie die UN-Kinderrechtskonvention von 1989.

Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz soll Jugendhilfe dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Kinder und Jugendliche sollen entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe beteiligt werden. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interesse der jungen Menschen zu ermitteln und die notwendigen Vorhaben rechtzeitig zu planen. Diese Bestimmungen dürfen nicht länger nur auf dem Papier stehen, sie müssen umgesetzt werden.

Das gleiche gilt für die Realisierung der von den Vereinten Nationen (UN) festgeschriebenen Kinderrechte, nämlich des Rechtes auf eine intakte soziale und ökologische Umwelt, des Rechtes auf familiäre und außerfamiliäre Betreuung, des Rechts auf Schutz vor Ausbeutung und Mißhandlung und des Rechtes auf Beteiligung und Mitbestimmung.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kommunales Druckwerk
auf umweltfreundlichem
Recycling-Papier



Als weitere wesentliche Forderung zum Weltkindertag 1993 nennen wir Maßnahmen zum Schutz der Kinder vor Gewalt und sexuellem Mißbrauch. Wir verlangen Vorbeugungsprogramme mit denen die Bevölkerung über Ursachen der Gewalt gegen Kinder aufgeklärt wird. Es bedarf einer Vielzahl von Hilfsangeboten für Familien wie Kinderschutz-Zentren, Kinderwohngruppen und Kinderhäuser. Alle Institutionen, die im Bereich Gewalt gegen Kinder arbeiten, sollten kooperieren und sich gegenseitig unterstützen sowie sich an der Vernetzung sozialer Dienste im kommunalen Raum beteiligen.

Der Bayerischen Staatsregierung werfen wir vor, zwar Kampagnen zur Aufdeckung von Gewalt zu fordern, aber keinerlei ausreichende Hilfsangebote für Betroffene zur Verfügung zu stellen. Als Beispiel ist auf die Kürzung oder den Wegfall der Zuschüsse für Beratungsstellen wie im Fall der Kinderzufluchtstätte "Schlupfwinkel" in Nürnberg zu verweisen.

Es ist dringend erforderlich, daß Hilfe für von Gewalt betroffene Mädchen und Jungen als Pflichtaufgabe der Jugendhilfe festgeschrieben und die Finanzierung dauerhaft gesichert wird. Außerdem verlangen wir eine Änderung des Artikel 1631, Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuche (BGB), um "die gewaltlose Erziehung" gesetzlich zu verankern. Körperstrafen und seelisch verletzende Sanktionen gegenüber Kindern müssen verboten und unter harte Strafe gestellt werden.

(-/17. September 1993/rs/fr)

Spießrutenläufe für Frauen verhindern
Schwangerschaftskonflikte dürfen nicht zusätzlich belastet werden

Von Ulla Schmidt MdB

**Vorsitzende der Querschnittsgruppe Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-
Bundestagsfraktion**

Einen Beitrag zur aktuellen Diskussion um die gesetzliche Regelung der Schwangerschaftsabbrüche lieferte dieser Tage eine Gruppe, die nicht im entferntesten im Verdacht steht, die bundesrepublikanische Gesetzgebung beeinflussen zu wollen.

Eine US-Forschungsgruppe untersuchte im Rahmen einer Studie zum Weltbevölkerungswachstum auch die Folgen illegaler Abtreibungen.

Danach versterben weltweit Jahr für Jahr bis zu 200.000 Frauen nach illegalen, nicht von Fachärzten durchgeführten Schwangerschaftsabbrüchen. Nicht bekannt ist die Anzahl derjenigen Frauen, die sich dabei irreparable gesundheitliche Schäden zuziehen.

Es wäre unverantwortlich, wenn es bei der anstehenden gesetzgeberischen Umsetzung der BVG-Entscheidung vom 28. Mai 1993 zu ähnlichen Entwicklungen in Gesamtdeutschland käme. Es ist daher unbedingt sicherzustellen, daß jede Frau - unabhängig von ihrem Geldbeutel - die Möglichkeit erhält, bei einem Schwangerschaftskonflikt fachärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dies setzt auch voraus, den Frauen eine akzeptable Finanzierungsregelung in Form eines verlässlichen Rechtsanspruchs anzubieten, die ihnen einen Behörden-Spießrutenlauf erspart. Verschärfte Strafvorschriften gegen Beratungsstellen oder Ärztinnen/Ärzte bauen unweigerlich Hürden für Frauen auf, denen sie sich dann durch den auch gesundheitlich gefährlichen Weg in die Illegalität zu entziehen suchen. Dies muß unbedingt vermieden werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird hierzu in Kürze mit ihrem Gesetzentwurf umsetzbare Vorschläge vorlegen.

(-/17. September 1993/rs/fr)

Die SPD muß ihre Betriebsorganisation stärken
Die Arbeitswelt muß stärker in die Partei eingebracht werden

Von Wolfgang Weiermann MdB
AfA-Vorsitzender im Bezirk Westliches Westfalen

Der Bezirksvorstand der AfA Westliches Westfalen hat die bisherige Debatte um die Parteiform aufmerksam, aber auch skeptisch verfolgt.

Die Reformbestrebungen der SPD, die auf eine intensivere Beteiligung der Mitglieder, die Stärkung Ihrer politischen Entscheidungs- und Beteiligungsrechte, auf effektivere Formen der Parteilarbeit sowie auf einen breiteren gesellschaftlichen Dialog abzielen, werden von uns grundsätzlich unterstützt. Die SPD muß die Fähigkeit und Kraft entwickeln, die Effizienz ihrer Arbeit und Organisation vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen zu überprüfen und zu verbessern. Insbesondere bedarf es Anstrengungen der Gesamtpartei, neue Mitglieder aus den Dienstleistungsberufen und den wissenschaftlich-technischen Arbeitnehmerpotential zu gewinnen, ohne die traditionellen Mitglieder und Wähler zu vernachlässigen. Die SPD darf nicht der Versuchung anheimfallen, Nicht-Mitglieder den Parteimitgliedern rechtlich gleichzustellen. Sie muß Mitgliederpartei mit klaren und gefestigten Organisationsstrukturen bleiben. Die realen Möglichkeiten, das politische Profil ihrer Partei mitzubestimmen, müssen für jedes einzelne Mitglied sichtbar werden.

Uns kommt es vor allem darauf an, daß jenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in Betrieben, Verwaltungen und Gewerkschaften aktive Vertrauensarbeit für die Partei leisten, ein besserer Zugang zur politischen Mitgestaltung und Beteiligung ermöglicht und eine deutlich repräsentativere Vertretung von Personen und Themen aus der Arbeitswelt in der Politik verwirklicht wird. Nur der Nachweis von Sachkompetenz überzeugt Nicht-Mitglieder davon, daß sie in der SPD am richtigen Platze sind.

Die plakative Feststellung des Parteivorstandes, daß die Betriebsarbeit der SPD eine organisatorische Klammer zur Arbeitnehmerschaft sei, die fortgesetzt und intensiviert werden müsse, genügt uns nicht. Die Betriebsarbeit muß nach unserer Überzeugung zu einem weiten und politisch gleichwertigen Standbein der Partei neben den Ortsvereinen ausgebaut und gefördert werden. Das ist die Voraussetzung für eine breitere Verankerung der Partei in einer differenzierten Arbeitergesellschaft, für eine gezielte Aufnahme betrieblicher und sozialer Erfahrungen und auch von Expertenwissen aus der Arbeitswelt, wie für die Gewinnung neuer Mitglieder. Solange die Betriebsarbeit nicht zu besseren Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten in der Politik führt, muß sie an Anziehungs- und Gestaltungskraft hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben. Wir wollen nicht nur mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik.

Zwar wurde vom Bundestag 1988 in Münster eine Stärkung der Rechte der Betriebsorganisation im SPD-Statut beschlossen, für viele Parteigliederungen war das Thema jedoch damit erledigt - Im Gegenteil, manche Unterbezirke weigern sich bis zum heutigen Tage, das Antrags-, Delegations- und Personalvorschlagsrecht der Betriebsorganisation in die Praxis umzusetzen. In den Parteigliederungen, in denen die Betriebsarbeit ernstgenommen und politisch gewollt wird, wie im Bezirk Westliches Westfalen, haben verpflichtende Regelungen zur Stabilisierung und Stärkung der Betriebsorganisation beigetragen. Diese Erfahrungen lehren: Die "Kann-Bestimmung" in Paragraph 9a des Organisationsstatuts muß durch eine verpflichtende Regelung ersetzt werden. Hier sind Voraussetzungen zu schaffen, die das Nebeneinander von Arbeitsgemeinschaft und Betriebsorganisation aufheben.

Eine solche Satzungsänderung sollte möglichst schon auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden beschlossen werden. Sollte dies nicht erfolgen, so wird die Partei den Ausbau der Betriebsorganisation und die veränderte Rolle ihrer Arbeitsgemeinschaften in den folgenden zwei Jahren

bis zum übernächsten Bundespartekag ausführlich beraten müssen.

Gleichzeitig muß die Betriebsorganisation durch die Zurverfügungstellung von Ressourcen der Partei in finanzieller wie personeller Hinsicht gestärkt werden. Derzeit zeichnet sich in der SPD allerdings ein gegenläufiger Trend ab, bei dessen Fortsetzung der Bestand der Betriebsorganisation gefährdet ist. Gerade angesichts knapper Finanzen muß die Partei Prioritäten setzen, muß sie sagen, ob sie einen Schwerpunkt auf die Arbeitnehmerpolitik legen will oder andere Wege einzuschlagen gedenkt.

Nachdem die Kommission "SPD 2000" des Parteivorstandes es versäumt hat, dies ausführlich zu beraten, kann die Organisationskonferenz am 24. und 25. September in Dortmund eine gute Gelegenheit bieten, den hohen Stellenwert der Betriebsorganisation innerhalb der Parteireform zu verdeutlichen.

(-/17. September 1993/rs/fr)

DOKUMENTATION

Egon Bahr: Die SPD und die Nation

Egon Bahr sprach auf einem Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn über die "Deutschlandpolitik der SPD nach dem Kriege". Wir veröffentlichen aus seinem Referat jenen Teil, der sich mit der im Jahr 1989 entstandenen Situation und den Folgen auseinandersetzt.

Auf dem Parteitag Mitte Dezember 1991 in Berlin, also sechs Wochen nach dem Fall der Mauer, hieß es dann: "Die Menschen in beiden deutschen Staaten werden über die Form institutioneller Gemeinschaft in einem sich einigenden Europa entscheiden." Das war weniger, als das berühmte Wort vom Zusammenwachsen dessen, was zusammengehörnt, sagt. Es entsprach eben etwa dem, was Kohl 14 Tage vorher in seiner Zehn-Punkte-Erklärung formuliert hatte, wo er bekanntlich zunächst mit seinem Kollegen Modrow über eine Vertragsgemeinschaft, dann über konföderative Strukturen und schließlich über Konföderation verhandeln wollte. Über Einheit im Jahre 1990 wurde nicht gesprochen. Es ist mißlich, mitten im Strom dramatischer Ereignisse ein Grundsatzprogramm zu formulieren, das mindestens in diesem Punkt revisionsbedürftig ist.

Hinter den Kulissen gab es zu Nation eine Auseinandersetzung, die der Vorsitzende durch Formalkompromisse überdecken wollte. Sie banden die beiden Flügel zusammen, aber fliegen konnte die Partei damit nicht, wie sich 1990 erwies.

Der Konflikt war mehrschichtig. Daß Entspannungspolitik und Sicherheitspartnerschaft zuletzt die beiden Bündnisse überflüssig und damit die Voraussetzungen für die Einheit schaffen sollte, wurde von der ganzen Partei getragen. Dabei meinten die einen, ich will sie mal vereinfachend die "Rechten" nenne, daß wohl nicht einmal die Bündnisse zu überwinden sein werden, während die anderen, vereinfachend "Linke" genannt, das Ziel der Einheit nicht so ernst nahmen, vor dem die ungeliebten Bündnisse standen. Als der Zusammenbruch des östlichen Systems eintrat, waren alle überrascht. Als die Einheit vor der Tür stand, brach die Dialektik auf, ob die Entspannungspolitik die Einheit ermöglichen oder überflüssig machen sollte. Sofern die alte Generation "rechter" war, sah sie sich am Ziel ihrer Wünschen, nämlich der deutschen Einheit, während jüngere, "linker", sich als Patrioten der alten Bundesrepublik empfanden und insofern die emotionalen Generationsunterschiede, die es in Westdeutschland

zur nationalen Frage gab, durchaus widerspiegeln. Es wäre nicht aufrichtig, so zu tun, als hätten die Westdeutschen ungeduldig auf Einheit gedrängt.

Lafontaine und die postnationale Stimmung

Oskar Lafontaine konnte sich eben durchaus im Einklang mit einer postnationalen Stimmung in Westdeutschland fühlen, als er im Dezember 1989 darauf drängte, unsere Politik vor dem Hintergrund des traditionellen Internationalismus zu formulieren, was bedeute, daß die deutsche Frage im europäischen Einigungsprozeß eingebettet sein müsse.

Die Partei wußte, welche Position sie mit der selbstverständlichen Disziplin unterstützte, als sie den Kanzlerkandidaten kürte, nach dem Attentat erst recht. Ich erinnere mich an meine Begeisterung über die fulminante Rede, mit der er im Bundestag die Regierung angriff und ihre Fehler, womit er recht behielt; und ich erinnere mich an das lähmende Entsetzen, als Schäuble die ganze Wirkung dieser Rede mit dem Bedauern wegwischte, daß der Kollege Lafontaine nicht einfach gesagt hätte, er freue sich über die Einheit.

Aber die Gemengelage wurde im Herbst 1989 noch komplizierter. Gerade diejenigen, die auf größere Nähe der Partei zu den Dissidenten drängten, drängten nicht etwa auf Einheit. Sie nahmen im Gegenteil an, daß der demokratische Sozialismus in der DDR nun eine wirkliche Chance hätte, verwirklicht zu werden. Und sie konnten sich dabei darauf stützen, daß die Opposition in der DDR ihren Staat reformieren und nicht aufgeben wollte. Das galt für die Reformer in der SED nicht weniger. Bärbel Bohley hat schließlich begründet, vor einem Jahr, warum die Opposition "Kontakte in den Westen in der Regel vermieden oder nur sehr schwach und einseitig gepflegt" hat. Wo sind sie geblieben und in welchen Ecken schweigen oder grollen sie heute, die an jenem 4. November so begeistert und begeisternd gesprochen haben? Angenommen, wir hätten sie unterstützt, mit der SED gebrochen und der Bundesregierung das unangenehme Geschäft überlassen, mit der DDR um Menschen und Erleichterungen zu feilschen, angenommen, wir wären klüger gewesen als alle und hätten das Ende von Mauer, DDR und Sowjetunion vorausgesehen, angenommen, die Opposition gegen das Regime hätte sich mit der Opposition in der SED verbündet und die Führung der DDR übernommen, angenommen, der Runde Tisch hätte bestimmt und den großen Versuch unternommen, den demokratischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu verwirklichen, dann wären starke Kräfte in der SPD für die Unterstützung dieses Versuchs eingetreten, für Konföderation statt schneller Einheit. Die vielen Wenns machen unter anderem deutlich, wie unzulänglich es ist, sozialdemokratische Mängel an Eindeutigkeit zu den Dissidenten und zur Nation zu verbinden.

Zumal da noch die Sozialdemokraten in der DDR waren. Wir konnten uns nicht entschließen, zur Gründung der SPD in der DDR aufzurufen. Auch aus Verantwortung, nicht mit den Schicksalen von Menschen spielen zu dürfen und mit der Erinnerung an die Auflösung der Partei nach dem Bau der Mauer, die immer noch stand, sondern mehr, weil die Glaubwürdigkeit ihres selbstbestimmten Entschlusses der SPD 'drüber' eine bedingte Legalität geben konnte. Etwas anderes kam hinzu: Gerade vor dem Hintergrund der Arbeiterbewegung und Zwangsverschmelzung nahmen wir an, daß ein Aufruf zur Gründung der SPD in der DDR durch uns der Aufruf zum Ende der DDR, also die Kampfansage schlechthin sein würde und dafür schien die Zeit zu früh. Es stellte sich erst nach den Märzahlen 1990 heraus, daß wir Kraft und Einfluß der SPD überschätzt haben. Aber was heute so tut, als hätte die SPD mit einem anderen Verhalten den Fall der Mauer und das Ende der DDR auch nur um einen Monat, eine Woche oder einen Tag beschleunigen können, überschätzt unser damaliges Gewicht noch immer.

Es gab keinen deutschen Havel oder Walesa

Übrigens darf daran erinnert werden, daß die DDR die Entwicklung eines deutschen Walesa oder Havel wohl nicht zugelassen haben mag, aber jedenfalls hat sich in der Turbulenz der Umbruchmonate niemand herausgestellt, der den Griff zur Macht, die auf der Straße lag, gewagt hätte.

Wir haben damals der sowjetischen Führung mitgeteilt, wir könnten die DDR innerhalb von zwei Wochen destabilisieren. Es wäre Abenteuerium gewesen. Früher sollte die DDR-Führung sich sicher fühlen können, sonst hätte die Kirche nicht das Dach bilden können, unter dem die Dissidenten sich formieren konnten. Nun im Herbst 1989 unterstützten wir noch immer das Interesse der Bundesregierung, die DDR nicht zu destabilisieren.

Was die außenpolitischen Äußerungen der neuen alten Partei in der DDR anging, so waren wir in Bonn beeindruckt durch die frische, unverbrauchte, unformelhafte Sprache. Beim ersten Treffen mit Markus Meckel stellte ich auch reibungslose Übereinstimmung in der Sache fest: Europäische Sicherheit und Einheit sind zu verbinden. Die SPD in der DDR konnte - wie ich - die Regierungserklärung de Malziers voll unterschreiben.

Die Diskussion in der Partei um die Nation wurde weggewischt durch die Entscheidung, den Erfolg des Versprechens, es würde keinem schlechter, aber vielen besser gehen.

Mein Fazit der Deutschlandpolitik der SPD nach dem Kriege: Sie hat ihr Ziel erreicht. Auch die zweite Phase ihrer Ostpolitik hat dazu beigetragen. Es war die Kunst, aus der Position der Schwäche Stärkere zu bewegen. Ihr Erfolg hat sie überrumpelt, und die Gunst der Stunde wurde verkannt; andere haben nicht nur geerntet, weil sie regierten.

Offen bleiben zwei Punkte:

Erstens: Europäische Stabilität muß nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der vorgezogenen deutschen Einheit erst recht nachgeholt werden. Die Vorstellungen der SPD dazu haben nichts von Relevanz verloren, sondern sind dringlicher geworden, auch wenn die Partei sich zuweilen bemüht, das zu verdunkeln.

Zweitens: Auch heute ist kein Staat zu sehen, der Deutschland vorausellen möchte in der Aufgabe seiner nationalen Souveränität. Auch bei bestem Willen könnte Deutschland keine europäische Nation schaffen. Der nationale Staat sammelt Steuern, setzt Recht und Sanktionen bei seiner Übertretung fest und entscheidet, ob seine uniformierten Bürger innerhalb oder außerhalb der Grenzen schießen. Die nationale Verantwortung der Parlamente ist unentbehrlich, unter welchen Bedingungen sie ihre Kompetenzen auf die geschichtlich notwendigen übernationalen Organe übertragen. Es bedarf der Nation, um den neuen kollektiven Rahmen für Sicherheit zu schaffen, dem sich die nationalen Institutionen unterwerfen. Ein Europa der Vaterländer kann eine Einheit, aber kaum eine Union werden. Das ist jedenfalls die Wahrscheinlichkeit.

Daß wir nun endlich die Probleme haben, die wir uns immer gewünscht haben, habe ich vor zwei Jahren gesagt. Triumph kann sich nicht einstellen angesichts neuer zerbrochener Menschenschicksale und Bergen von Problemen innen wie außen, für deren Lösung Orientierung vermißt wird. Die Erfüllung des Traumes der Einheit noch erlebt zu haben, läßt immer wieder das glückliche Gefühl wiederkehren, wenn man vom Reichstag am Brandenburger Tor vorbei in die Linden gehen oder über die Glienicker Brücke fahren oder auch nur auf einem Waldweg die Stille hören kann. Daneben tritt schnell der Blick für die Fehler, vor allem die Schwäche des Staates, die eigenen Fehler des Einheitsvertrages zu korrigieren, so daß - verrückt genug - die Teilung der Nation in der Einheit wächst. Deutschlandpolitik ist beendet; die neue Aufgabe ist geteilt zwischen Politik in Deutschland und deutscher Politik für Europa.

(-/17. September 1993/rs/fr)
